Redaktion, Verlag und Druck: von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr monatlich 12½ Sgr.; für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 12. Abendblatt. Dienstag, den 8. Januar. 1867.

Deutschland.

Berlin, 8. Januar. Se. Maj. der König nahm gestern Vormittag militärische Meldungen entgegen, empfing die Generale v. Brauchitsch und Prinz Woldemar von Schleswig-Holstein und den Kontre-Admiral Jachmann, die Abends nach Luxemburg, Mainz und Kiel abreisten, ließ sich hierauf von dem Geh. Kabinetsrath v. Mühler und dem Geheimrath v. Costenoble Vortrag halten und ertheilte dann dem Oberpräsidenten von Pommern, v. Münchhausen, dem K. Gesandten in Madrid, v. Canitz und Dalwigk, vor ihrer Abreise eine Audienz. Nach einer Konferenz mit dem Ministerpräsidenten Grafen v. Bismarck fand Tafel statt. Abends erschien der Hof in der Oper.

— J. Maj. die Königin wohnte am Sonntage im Lazareth der Köpnickerstraße am Sarge des dort verstorbenen Lieutenants v. Gerstorff der Trauerfeierlichkeit bei.

— Der König hat die hier anwesende Deputation der schleswig-holsteinischen Ritterschaft am Sonntag empfangen. Graf v. Reventlow-Altenhof richtete dabei an den König die folgende Anrede: Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster König, Allergnädigster König und Herr! Von dem Korps der schleswig-holsteinischen Prälaten nnd Ritterschaft als Deputirte entsendet, kommen wir, die Huldigen unserer Genossenschaft zu Eurer Königlichen Majestät Füßen niederzulegen. Nach langer schwerbewegter Zeit hat das verflossene Jahr, hat eine siegreiche Kriegführung ohne Gleichen Hoffnungungen gebracht, wie wir sie niemals schöner haben aufgehen sehen. — Wir danken aus tiefster, demüthigster Seele dem Gott der Heerschaaren, der Euer Majestät siegreiche Fahnen geführt hat, für das Große, das er an uns Allen gethan hat! Möge er das von Eurer Majestät begonnene Friedenswerk segnen und fördern! Durch seine gnadenreiche Fügung treten wir heute zum ersten Male vor unseren Landesherrn und stehen deshalb in tiefster Bewegung an dieser Stelle. Der Augenblick ist zu ergreifend, um das richtige Wort im vollen Umfange zu finden. — Das Korps der schleswig-holsteinischen Prälaten und Ritterschaft bittet durch uns Euer Königliche Majestät um Allerhöchst Ihre landesväterliche Huld und Gnade für sein geliebtes Heimathland, mit dem es in Fleisch und Blut verwachsen ist und als dessen lebendiger Bestandtheil jedes seiner Glieder sich fühlt. Wir sind dankbar und glücklich, diese unsere theuersten Interessen in Euer Majestät milde Hand legen zu dürfen, — wir sind stolz, unter Euer Majestät Scepter dem großen Ganzen, dem ruhmreichen Preußen, anzugehören, wir fühlen uns hoch und freudig gehoben durch die Aussicht, der Segnungen eines großen gemeinsamen Vaterlandes theilhaftig zu werden. Euer Majestät werden an uns treue, gehorsame, an König und Vaterland unverbrüchlich festhaltende Unterthanen haben. — Wir glauben das mit Gottes Hülfe zuversichtlich zusagen zu können, und es würde uns hoch beglücken, wenn Euer Majestät dies Wort vertrauend und gnädig aufzunehmen geruhten. Und somit fassen wir Alles zusammen, indem wir noch einmal für uns und unser Land Eurer Majestät Huld und Gnade in tiefster Ehrfurcht erbitten. — Der König antwortete in sehr freundlicher Weise.

— Der hiesige österreichische Konsul Herr Moritz Karo hat bei Gelegenheit seiner jüngsten Anwesenheit in Wien das Komthurkreuz des Franz-Joseph-Ordens vom Kaiser von Oesterreich erhalten. Es darf diese Dekoration als eine Anerkennung für die aufopfernde und gewissenhafte Wahrnehmung angesehen werden, die Herr Karo während des jüngsten Krieges den Interessen der in preußische Gefangenschaft gerathenen österreichischen Krieger zu Theil werden ließ.

— Der „Wiener Gesch.-Ber." vernimmt von sonst gut unterrichteter Seite, daß über ein italienisches Anlehen von bedeutender Höhe zur Konsolidirung der italienischen Finanzen in Paris verhandelt werde.

— Der Sitz der Zolldirektion für Kurhessen, Nassau und Frankfurt soll nach Kassel gelegt werden. Ein Gebäude ist zu diesem Zwecke in letzterer Stadt bereits angekauft.

— Den durch die Agitation des ehemaligen hannoverschen Lieutenants v. Scriba zur Auswanderung nach London verführten hannoverschen Militärpflichtigen ist von der Regierung gestattet worden, zurückzukehren. Wie uns aus guter Quelle mitgetheilt wird, sind bereits einige 20 dieser Betrogenen durch Vermittelung des preußischen Botschafters in London in ihrer Heimath wieder eingetroffen. — Aus ihren Aeußerungen geht hervor, daß sie in keineswegs freundschaftlicher Stimmung gegen diejenigen sich befinden, welche sie zum Eintritt in die Legion des Königs Georg beredeten, vielmehr haben die „Legionäre" die Neigung gezeigt, ihre kriegerischen Gelüste den Verführern gegenüber geltend zu machen. — In London befinden sich die „Angeworbenen" übrigens in der traurigsten Lage. Graf Bernstorff hat die Heimgekehrten erst sämmtlich mit den nöthigen Geldmitteln versehen.

— Die Hafenbauten in Heppens scheinen nun mit großer Energie fortgesetzt werden zu sollen. Aus Ostfriesland sind in diesen Tagen zahlreiche Arbeiterschaaren dorthin gezogen, außerdem sind alle früher beschäftigt gewesenen Arbeiter wieder in Thätigkeit gesetzt worden. Auf Anordnung des Marine-Ministeriums werden diejenigen Arbeiter, die eine Familie zu ernähren haben, sämmtlich beschäftigt.

— Von Lauenburg aus ist an den Grafen v. Bismarck die Anfrage gerichtet worden, ob er eine auf ihn fallende Wahl zum Vertreter Lauenburgs im Parlament event. annehmen würde. Derselbe hat darauf in sehr verbindlicher Weise für das ihm zugedachte Vertrauen dankend erwiedert, daß zur Zeit noch Berathungen darüber schwebten, ob Minister für das demnächstige Parlament Mandate würden annehmen können, daß er aber, wenn solches der Fall, bereits einem andern Wahlkreise gegenüber sich engagirt habe. Zugleich giebt der Graf den Lauenburgern anheim, einem Einheimischen, der die Wünsche und Bedürfnisse des Landes kenne, die Vertretung des Landes im Parlament zu übertragen.

— Die früher aus der Hand- und Chatullkasse des Königs Georg gezahlten Unterstützungen an verschämte Bedürftige der Stadt Hannover sind vom Königlich preußischen General-Gouvernement, natürlich auf Befehl des Königs von Preußen, jetzt ebenfalls bewilligt und angewiesen.

— Der „Staats-Anzeiger" enthält eine Bekanntmachung der Centralkommission für die Pariser Ausstellung von 1867 in Betreff des landwirthschaftlichen Versuchsfeldes auf der Insel Billancourt. Auf derselben wird sowohl die Darstellung verschiedener Kulturen und Betriebseinrichtungen, als Versuchs- und Wettarbeiten landwirthschaftlicher Maschinen beabsichtigt. Die Kaiserlich französische Ausstellungs-Kommission wird zu dem Ende zwei große Abtheilungen auf der Insel bilden. Die eine soll zu täglicher Darstellung der Kulturarbeiten dienen, wie sie in Hof, Stall und Scheuer und in den Nebengewerben der Landwirthschaft, bei Saat und Ernten auf dem Acker, oder auf künstlichen oder natürlichen Wiesen und mittelst Drainirung oder Bewässerung, bei Gewächsen jeder Art, insbesondere aber auch bei allen Wurzelgewächsen und bei eigenthümlichen Kulturen von Spezialitäten im Frucht- und Gemüsebau ꝛc. vorzukommen pflegen. In der zweiten Abtheilung sollen Wettarbeiten mit Instrumenten stattfinden, und zwar nach folgenden fünf Kategorien: 1) mit Maschinen zum Abmähen, Wenden, Harken, Aufpuppen von Heu ꝛc., 2) mit Acker- und Pflügemaschinen, welche mittelst Dampfkraft betrieben werden, 3) mit dergleichen mit Zugthieren, 4) mit Säemaschinen, 5) mit Maschinen zum Einernten des Getreides.

— Die „Börsenzeitung" schreibt: Zu Meinigen findet eine Konferenz zwischen den thüringischen Fürsten statt; dieselbe betrifft das Projekt, die Herzogthümer unter dem Großherzog von Weimar zu vereinigen.

Berlin, 7. Januar. (Abgeordnetenhaus.) 49. Sitzung. Schluß. Der zweite Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der vereinigten Kommissionen für das Justizwesen und für Handel und Gewerbe über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Pflichten der Handelsmäkler. Von dem Abg. Twesten ist ein Amendement eingebracht, welches das Gesetz auf die Schiffsmäkler zu beschränken bezweckt. Abg. Lesse erhält das Wort gegen den Gesetzentwurf. Ein Bedürfniß zur Erweiterung der Befugnisse der Handelsmäkler sei nicht vorhanden, die Vorlage wolle aber ihnen Rechte geben, welche in der Praxis sich als sehr unzuträglich erweisen dürften. Da die Mäkler die Festsetzung der Course in der Hand haben, so würde ihnen durch die beabsichtigte Erweiterung ihrer Befugnisse eine starke Versuchung bereitet werden, welche man besser vermeide. Abg. Michaelis vertheidigt die Vorlage. Nach einem Rückblicke auf die dem Institute der Mäkler von der Gesetzgebung zu Theil gewordene Behandlung legt er dar, wie Beschränkungen der Art, wie sie die Mäkler treffen, prinzipiell verwerflich erscheinen. So sei eine Ungerechtigkeit, den Mäklern bei der ihnen durch die Pfuschmakler bereiteten Konkurrenz die Hände zu binden. Wer die Börse aus der Praxis kenne, der wisse, daß die Versuchungen, welche der Vorredner aus der Erweiterung der Befugnisse der Mäkler für diese befürchte, auch heute schon vorhanden seien, und daß es auch heute an Mißbräuchen nicht fehle. Man würde immer fehlgehen, wenn man Mißbräuche vermeiden wolle, indem man andere Mißbräuche aufrecht erhalte. Er sei im Prinzip für die gänzliche Abschaffung des Mäkler-Instituts; diese sei aber wohl im Augenblick noch nicht zu erreichen. Die Bedeutung des amtlichen Kurszettels möge man nicht überschätzen, derselbe sei sehr weit von der Unfehlbarkeit entfernt, und früher oder später werde man einen Ersatz für denselben in anderer Weise zu erlangen suchen müssen. Früher habe derselbe die Alleinherrschaft gehabt, es sei aber gewiß zum Nutzen der Geschäfte und des Publikums gewesen, daß seit 1856 auch die Presse der Notirung der Kurse sich unterzogen habe. Ganz grundlos sei auch die Befürchtung, daß das Kommissionsgeschäft leiden würde; die soliden Kommissionäre würden, wenn sie nicht sich selbst unterschätzten, von dieser Sorge frei sein.

Abg. Lasker (gegen die Vorlage): Indem das Handels-Gesetzbuch dem Mäkler durch die Beweiskraft, welche seinem Courszettel wie seinem Buche beigelegt worden, so große Gewalt in die Hand gegeben, habe es auch die unentbehrlichen Garantieen gegen Mißbrauch aufgestellt, und man man dürfte diese nicht beseitigen und doch die Vorrechte der Mäkler aufrechterhalten. Es sei etwas Anderes, ob ein Geschäft zwischen zwei am Orte anwesenden Personen oder für einen Abwesenden vermittelt werde, denn im ersteren Falle sei der Mäkler stets von zwei Personen kontrolirt, welche ihm, wenn er einen falschen Cours notire, sofort entgegentreten könnten, einem Abwesenden gegenüber sei dagegen der Mäkler, wenigstens für den betreffenden Tag, gesichert. Redner habe von zwei Mitgliedern des hiesigen Aeltesten-Kollegiums selbst gehört, daß diese mitunter bei den Personen, welche Geschäfte durch einen Mäkler abgeschlossen, Erkundigungen eingezogen haben, um festzustellen, ob der Cours auch richtig notirt sei. Solche und ähnliche Garantieen für das reelle Verfahren der Mäkler fehlten, wenn das Geschäft für Abwesende gemacht sei. Das von dem Abg. Michaelis vertretene Prinzip, die Unfreiheit der Mäkler zu vermindern, müßte ihn konsequenter Weise weiter führen, als der Gesetzentwurf gehe, er müßte die Mäkler aller ihnen auferlegten Beschränkungen entbinden.

Dr. Hammacher (für den Kommissionsantrag): Man muß nicht allein Berlin, sondern auch andere wichtige Plätze berücksichtigen. In Köln sind viele Gewerbetreibende erst durch den Gesetzentwurf mit der bestehenden Einschränkung bekannt geworden. (Zeichen der Verwunderung.) Es ist eine Thatsache, daß die vereideten Mäkler in Köln fast nur in Folge schriftlicher Aufträge an der Börse Geschäfte machen. Warum auch nicht? Das Gesetz erschwert und vertheuert den Verkehr. In Berlin werden die Kommissionäre allerdings die Erweiterung des Geschäfts der vereideten Mäkler ungern sehen, da sie die Provision von einem Geschäft zu verlieren fürchten, das 5—6 Milliarden beträgt. Aber die Besorgniß ist grundlos und Berlin allein nicht maßgebend. Die Mäkler werden auch nicht mehr Geschäfte für eigene Rechnung machen, als vorher; es wird sich in dem Verhältniß der ehrenhaften zu den unehrenhaften Mäklern auch nach der Annahme eines Gesetzes nichts ändern, das eine naturgemäß eingetretene Praxis, ein neues Gewohnheitsrecht lediglich sanktionirt.

Abg. Twesten (gegen den Kommissionsantrag): Ich bestreite die Existenz dieses Gewohnheitsrechtes, namentlich hier in Berlin. Der Antrag auf Aenderung des Artikels 69 des Handelsgesetzbuchs ist auch einzig von den Seestädten Stettin, Danzig, Memel und Königsberg ausgegangen, denen die Interessen der übrigen Handelsplätze nicht geopfert werden dürfen. Daß Mäkler gegen das Gesetz gefehlt, ist kein Grund, es zu ändern; sie haben einfach ihre Pflicht verletzt. Auch zwingt die Konkurrenz sie nicht dazu. An der hiesigen Fondsbörse bestehen etwa 25, die sehr gute Einnahmen haben. Für uns muß es maßgebend sein, daß die Berliner Kaufmannschaft ihr Interesse durch das bestehende Gesetz gefördert sieht. Die Feststellung der Course mag wohl auch auf andere Weise zu bewirken sein, aber die Vorlage geht darauf nicht hinaus, sie macht nur die Mäkler weniger zuverlässig und verlockt zu weiteren Uebertretungen und Widersprüchen mit ihrer amtlichen Stellung, während ihnen als Urkundspersonen die Unparteilichkeit erhalten werden muß. Möge man das ganze Institut abschaffen, aber ihm nicht mit einem Gesetz entgegentreten, das der Natur der Verhältnisse nicht konform ist. Seine Vortheile würden nur den großen Mäklern zu Gute kommen, zum Schaden der kleinen und des Publikums. Lassen Sie daher eine Aenderung des Handelsgesetzbuches nur da eintreten, wo sie von den Betheiligten gewünscht wird, wie es in den Seestädten für die Schiffsmäkler der Fall ist, und nehmen Sie mein Amendement an.

Regierungs-Kommissar Geh. Rath Pape vertheidigt den Gesetzentwurf wesentlich aus formellen Gründen. Er bemerkt gegen den Abgeordneten Lasker, daß die vereideten Mäkler nicht Urkundspersonen gleich den Notaren, sondern daß sie nur zur Mithülfe bei Feststellung der Kurse verpflichtet seien. In geschäftlicher Beziehung seien sie im Vergleiche zu den anderen Mäklern entschieden im Nachtheil. In Preußen werde, abweichend von anderen Staaten, ein großes Gewicht auf die Feststellung der Kurse gelegt; um so dringlicher sei es, den Kreis ihrer Geschäfte nicht ohne die zwingendsten Gründe zu verengern. Korporationen und Behörden, wenn sie dem vereideten Mäkler einen Auftrag geben, könnten das immer nur in schriftlicher Form thun. Gegen die Verbote des Artikels 69 des deutschen Handelsgesetzbuches seien schon in der Kommission, die es feststellte, die größten Bedenken ausgesprochen; wenn sie schließlich doch genehmigt wurden, so sei dies in der Voraussetzung geschehen, daß die Zwangsberechtigung der Mäkler aufgehoben werde. In der That seien die Bestimmungen des Artikels 69 für Bremen die Ursache einer lange verzögerten Annahme des Handelsgesetzbuchs gewesen, und in Hamburg sei die Annahme nur erfolgt mit einer durch sie herbeigeführten Verzichtleistung der Mehrzahl der dortigen vereideten Mäkler auf ihre Stellung. Die Ablehnung des Gesetzentwurfs würde die Stellung der beamteten Mäkler erschüttern und die Sicherheit der amtlichen Notirung erschweren.

Das Haus beschließt die Diskussion zu vertagen.

Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 10 Uhr. (Tagesordnung: Fortsetzung der Tagesordnung vom Montag.)

Königsberg, 5. Januar. Für die Reichstagswahlen präsentirt die konservative Partei hier den kommandirenden General Vogel v. Falckenstein, während die Liberalen den Kaufmann Stephan und den Stadtverordnetenvorsteher Dickert aufstellen wollen.

Bromberg, 5. Januar. Gegenwärtig bestehen in unserer Stadt drei verschiedene politische Parteien, welche Vorberathungen für die Wahlen zum norddeutschen Reichstage abhalten. Im Allgemeinen ist man darin einig, keinem Polen, sondern unter allen Umständen einem Deutschen seine Stimme zu geben; nur die durchaus demokratische Partei denkt darüber etwas seltsamer, wenn auch weniger patriotisch, indem sie unter Umständen, d. h. wenn kein Parteigenosse durchzukommen hoffen darf, sondern vielmehr ein Konservativer, einen Polen wählen möchte. Das Terrain dieser Partei ist glücklicherweise kein großes. Die konservative Partei erließ in diesen Tagen eine Einladung zu einer Versammlung im Lokale der Gesellschaft „Erholung". In der ziemlich zahlreich besuchten Versammlung, welche gestern stattgefunden, wurden als Wahlkandidaten die Herren Rittergutsbesitzer v. Bethmann-Hollweg auf Runowo und v. Grävenitz auf Tlukom im Wirsitzer Kreise in Aussicht genommen.

Hannover, 6. Januar. (N.-Z.) Heute Nachmittag fand eine von etwa 300 Bürgern und Einwohnern besuchte Versammlung zur Besprechung über die Reichstagswahl des Wahlkreises Hannover statt. Der Stadtsyndikus Albrecht schlug vor, Rudolf v. Bennigsen hier zu wählen und es wurde dieser Vorschlag mit großem Beifall begrüßt, von mehreren Rednern unterstützt und schließlich eine Resolution in diesem Sinne fast einhellig angenommen. Gegen die Kandidatur erklärte sich ein Hofouvrier, der keinen Annexionisten wollte, und ein junger Lehrer vom hiesigen Polytechnikum, der die Wahl eines konservativen Staatsmannes für erforderlich hielt, um den Grafen Bismarck in seinem Werke kräftig zu unterstützen, während ihm der Nationalverein in Schleswig-Holstein und im Abgeordnetenhause entschieden entgegengetreten sei und so seine Pläne gehindert habe.

Hamburg, 5. Januar. Wenn auch Hamburg lange Zeit bis zum Zustandebringen des Wahlgesetzes für das norddeutsche Parlament gebracht hat, wird es dennoch allen übrigen Staaten des norddeutschen Bundes mit der Vollendung der Vorbereitungen für die Wahl zuvorkommen. Eine heute erschienene Bekanntmachung der „Central-Wahl-Kommission für die Parlamentswahlen", bestehend aus Senatoren, Bürgerschaftsmitgliedern und Majors des Bürgermilitärs, giebt die Eintheilung der 3 Wahlkreise des Staats (abgesehen von den Aemtern Ritzebüttel und Bergedorf) in die einzelnen Wahlbezirke an und verfügt, daß die Wählerlisten vom 7. bis 14. d. Mts. zur Einsicht und etwaigen Berichtigung öffentlich ausliegen sollen. — Von einer Aufstellung von Kandidaten verlautet noch nichts, wohl aber wird in weiten Kreisen die Ansicht ausgesprochen, daß es für Hamburg vor Allem darauf ankomme, Männer in das Parlament zu wählen, welche gründliche Kenntnisse der Hamburgischen Handelsverhältnisse und Bedürfnisse besitzen.

Aus Sachsen, 6. Januar. Die Verkommenheit und Verworrenheit unseres politischen Lebens, die Frucht der sechszehnjährigen Beust'schen Wirthschaft, tritt bei den jetzigen Parlamentswahlen in zahlreichen Erscheinungen zu Tage, Erscheinungen, die theilweise komisch sind, theilweise aber auch zu sehr ernsten, ja niederschlagenden Betrachtungen Anlaß geben. Daß in mehr als einem Bezirke drei bis vier Kandidaten ganz ähnlicher Richtung auftreten, blos weil jeder größere Ort, jede Stadt weinigstens seinen besonderen Kandidaten haben will, ist noch das mindest Arge; der gesunde Sinn der Wähler scheint darüber meist hinwegzukommen durch Besprechungen in größeren Versammlungen und durch freiwilligen oder erzwungenen Rücktritt der dabei in der Minderheit bleibenden Kandidaten zu Gunsten eines einzigen. Schlimmer schon ist, daß politisch völlig unbekannte Leute sich nicht scheuen, als Kandidaten aufzutreten, und auch wohl von ihren guten Freunden und Gevattern aufgestellt werden. So hat sogar in der Residenzstadt Dresden ein „Betriebsinspektor der Königl. Eisenbahn" sich ganz harmlos als Kandidaten für den norddeutschen Reichstag

öffentlich angeboten, mit dem naiven Geständniß, daß er um Politik freilich sich bisher noch nicht eben gekümmert habe, daß er aber im Uebrigen ein ganz anständiger Mann sei.

Ausland.

Wien, 5. Januar. In den verschiedenen Hauptstädten haben sich bereits Wahl-Comités gebildet und die Wahlbewegung für die Landtage dürfte große Dimensionen annehmen. Aus den deutschen Provinzen lauten die Nachrichten nichts weniger als günstig für das neueste parlamentarische Experiment und es ist kaum mehr zu bezweifeln, daß die Deutschen diesem letzteren einen passiven Widerstand entgegensetzen werden. In Prag hat das deutsche Wahl-Comité bereits erklärt, daß sich die Deutschen in Böhmen an illegalen Wahlen zum außerordentlichen Reichsrath nicht betheiligen und auf sie etwa fallende Wahlen nicht annehmen werden.

— Wie man der „Pr." meldet, ist die Vermehrung der böhmischen Garnisonorte beschlossene Sache und namentlich wird die Grenze gegen Sachsen militairisch besetzt. Kratzau, Grottau, Gabel, Friedland, Turnau und Reichenberg erhalten Garnisonen. Nach Reichenberg wird außerdem der Werbebezirk des Regiments Erzherzog Sigismund verlegt. Auch im südlichen Böhmen sollen neue Garnisonorte creirt werden.

Prag, 4. Januar. In der heutigen Klubsitzung des deutschen Wahlcomité's wurde folgender Beschluß gefaßt: „Die Deutschen in Böhmen werden sich an den illegalen Wahlen nicht betheiligen und keine solche Wahlen annehmen."

Prag, 5. Januar. In der gestrigen Versammlung des Bürger-Infanteriekorps haben stürmische Auftritte stattgefunden. Anlaß dazu gab die Frage der Einführung des Kommando's in czechischer Sprache. Die Versammlung blieb resultatlos. Der Korps-Kommandant hat sein Ehrenamt niedergelegt.

Paris, 5. Januar. Wie ich Ihnen angekündigt, läßt das auswärtige Amt die der französischen Regierung zugeschriebenen Konferenzplane in der griechischen Frage, nachdem sie ins Wasser gefallen, allen Ernstes dementiren. Die „Patrie" wird sich heute dieses Auftrages entledigen. Frankreich, läßt man die Offiziösen sagen, hat nie aufgehört, die kandiotische Bewegung zu tadeln, weil dieselbe in keiner Weise eine Abhülfe jener Beschwerden zur Folge haben könnte, welche die Insurgenten formulirten. Freilich habe das Kabinet der Tuilerien in Konstantinopel humane Rathschläge im Interesse der christlichen Bevölkerungen ertheilt, aber die Pforte sei denselben fast zuvorgekommen durch die Politik der Mäßigung, welche sie den Aufständischen gegenüber stets inne gehalten. England und Frankreich seien von Neuem darin einig, die Nothwendigkeit der Aufrechthaltung der türkischen Herrschaft im Archipel anzuerkennen. So weit die Leute der Regierung, aber man darf nicht übersehen, daß es sich hierbei nur um die Situation des Augenblickes, nicht aber um eine frühere Phase handelt, in der die Zweideutigkeit der englischen Haltung gerade in der griechischen Frage von Niemandem angezweifelt wurde. — Der Pariser Nationalgarde ist durch einen Tagesbefehl ihres Kommandanten, des Generals Mellinet, angekündigt worden, daß das schönst uniformirte Nationalgarde-Korps der Welt, das von New-York nämlich, in der Stärke von 4 Bataillonen, d. i. mit 2000 Mann, während der Ausstellung in Paris einen Besuch zu machen gedenkt. General Dix hat die Initiative für diese Art Verbrüderung ergeiffen, mit der ein Flottenfest, wie das frühere in Cherbourg, verbunden werden soll.

— Der Staatsstreich in Madrid ist schon seit lange vorbereitet. Die einzige Frage war nur, ob Marschall Narvaez sich zu seiner Ausführung hergeben oder ob derselbe wider ihn ins Werk gesetzt werden würde. Der Marschall hat nun, wie man sieht, sich für die erste Alternative entschieden und scheint die Sache con amore angefaßt zu haben. Er rechnet, daß die Eingeschüchtertheit seiner politischen Gegner und die Passivität des großen Haufens ihm wenigstens für die nächste Zeit ungestörte Muße lassen werden. Derselben Meinung scheint der hiesige spanische Botschafter, Herr Mon, zu sein, wenigstens sollen seine Aeußerungen sehr optimistischer Art sein. Ob der hiesige Hof, ob namentlich die Kaiserin Eugenie bei dem Etablirungs-Versuch eines „starken und frommen" Regime in Spanien die Hand mit im Spiele gehabt haben, bleibt zukünftigen Enthüllungen überlassen. Nach dem Geschmack des Kaisers scheint diese Nachäfferei des Staatsstreichs vom 2. Dezember nicht ganz zu sein, schon wegen der Parallele zwischen ihm und Donna Isabella, zu welcher sie unwillkürlich herausfordert.

Paris, 6. Januar. Der Kaiser soll zu Lavalette geäußert haben: „Sie, der Sie selbst viel gespielt haben, müssen am besten die Verwüstungen kennen, welche die Leidenschaft des Spieles anzurichten im Stande ist. In den Pariser Klubs, ich weiß es, wird hoch und viel gespielt. Das darf nicht länger so fortgehen. Die Wohlfahrt vieler Familien leidet darunter." Der Minister des Innern theilte den Inhalt dieses Kaiserlichen Wunsches dem Polizei-Präfekten mit und Herr Pietri beschied die Präsidenten der verschiedenen Klubs zu sich. Dort eröffnete er ihnen, daß Hazardspiele, wie Baccarat, Landsknecht u. s. w., von nun an aus ihren „Cercles" streng zu verbannen seien, daß von Seiten der Polizei eine gewissenhafte Aufsicht geübt werden und im Falle einer Kontravention die polizeiliche Schließung des betreffenden Klubs sofort erfolgen würde!

— Aus Spanien treffen täglich über Bayonne ganze Schaaren von Deputirten hier ein, die sich in ihrem Vaterlande seit den letzten Vorgängen nicht mehr sicher fühlen. Von hervorragenden Persönlichkeiten werden unter diesen Flüchtlingen namentlich die Kortes-Mitglieder Ulloa und Ballin genannt. — Die Camarilla entwickelt die ungemeine Schlauheit, auszustreuen, die Königin habe mit Narvaez allerdings einen Staatsstreich ausgeführt, dieser sei aber reine Nothwehr gegen einen Staatsstreich gewesen, den die Kortres unter Rios Rosas und Serrano im Schilde geführt hätten. O'Donnell sei Mitwisser und Mitschuldiger dieses Planes. Diese Anklage ist weder erwiesen, noch wahrscheinlich. Jedenfalls aber erhellt daraus, daß die Regierung jetzt auch mit der liberalen Union ganz und gar gebrochen hat und der Thron nur noch auf der Degenspitze des Marschalls Narvaez steht.

Florenz, 2. Januar. Die wichtigste Frage, die der Regierung jetzt zur Erwägung vorliegt, ist unstreitig die in der Armee und in der Marine vorzunehmende Reduktion. Das Ministerium hat der Kommission der Kammer gegenüber in dieser Beziehung bündige Verpflichtungen übernommen, und nur dieser Nachgiebigkeit ist es zuzuschreiben, daß die provisorischen Zweifel ohne Diskussion, aber allerdings mit ausdrücklicher Erwähnung der Nothwendigkeit von Ersparnissen in jenen beiden Departements votirt wurden. Die Vertagung der Kammer kam dem Kabinet recht gelegen, weil es jetzt bis zum 15. Januar Bedenkzeit hat, um seine Maßregeln bestimmt zu formuliren. Eine Einigung ist unter den Mitgliedern des Ministeriums noch nicht erzielt worden, und die Neujahrsrede Viktor Emanuel's zeigt nur zu deutlich, daß auch von Seiten des Königs die nothwendige umfassende Reduktion auf Schwierigkeiten stößt.

Kopenhagen, 2. Januar. Die Neujahrskour auf Schloß Christiansborg hat, wie gemeldet, allerdings nicht stattfinden können, weil der König von Schloß Fredensborg herüberzukommen durch das Schneegestöber verhindert war. Indessen traf Sr. Majestät nebst dem Kronprinzen doch noch im Laufe des Nachmittags auf Schloß Christiansborg ein, wo dann große Galatafel gehalten ward. Die Königin ist in Fredensborg geblieben. Daß die Königliche Familie so tief in den Winter auf jenem abgelegenen Schlosse verweilt, hat seinen Grund in den hier grassirenden Masern, vor denen die Königlichen Kinder Thyra und Waldemar bewahrt werden sollen.

Pommern.

Stettin, 8. Januar. In der heutigen Schwurgerichts-Sitzung stand zunächst der 35 Jahre alte, bereits zweimal wegen Diebstahls, sowie wegen Mißhandlung, Ehebruchs und Kuppelei bestrafte frühere Lohndiener, jetzige Arbeiter Theodor Friedr. Wilh. Rausch von hier unter der Anklage des schweren Diebstahls im Rückfalle vor den Schranken. Derselbe war geständig, am 19. August v. J. aus der in der kleinen Domstraße No. 3 belegenen Wohnung des Kaufmanns Th. Hellm. Schröder mittelst Einbruchs (indem er eine Scheibe der zur Wohnung führenden verschlossenen Korridorthür eingedrückt und mittelst Durchlangens durch die so gebildete Oeffnung die Thüre von innen geöffnet) verschiedene Kleidungsstücke, Silberzeug ꝛc. im Werthe von ca. 300 Thlr. gestohlen zu haben. Er machte an demselben Abend noch den Versuch, diese Gegenstände bei dem Handelsmann Kleinhans zu verkaufen, in Folge dessen am nächsten Morgen die Beschlagnahme des gestohlenen Gutes und die Verhaftung des Rausch gelang. Ohne Mitwirkung der Geschworenen wurde gegen den Angeklagten auf eine dreijährige Zuchthausstrafe und gleich langer Stellung unter Polizeiaufsicht erkannt.

Sodann wurde eine Anklage wegen Urkundenfälschung wider den bereits einmal wegen Diebstahls bestraften 18jährigen Maurergesellen Ernst Wilhelm Gottfried Karjus von hier verhandelt. Auch in diesem Falle bedurfte es der Mitwirkung der Geschworenen nicht, indem der Angeklagte zugestand, unterm 19. und 21. Juli, sowie 8. August v. J. drei resp. auf den Namen der hiesigen Maurermeister Wolff und Günther ausgestellte Scheine, in denen der hiesige Kaufmann Reinke um Verabfolgung von Pinseln für Rechnung jener Meister ersucht wurde, gefälscht zu haben. Bei Produzirung des letzten Scheines im Reinkeschen Geschäft wurde die stattgehabte Fälschung entdeckt. Unter allseitiger Annahme mildernder Umstände erkannte der Gerichtshof auf 4 Monate Gefängniß und 15 Thlr. Geldbuße, event. noch 14 Tagen Gefängniß.

— In dem Stalle eines auf der Oberwiek wohnhaften Viehhalters wurde gestern früh die Leiche eines dem Trunke in hohem Grade ergebenen Arbeiters, welcher dort schon wiederholt genächtigt hatte, gefunden. Derselbe ist wahrscheinlich von einem Schlaganfalle betroffen worden.

— Die Polizei-Behörde ist augenblicklich mit einer speziellen Revision der in den verschiedenen Verkaufsgeschäften befindlichen Maße und Gewichte beschäftigt.

— Ein früherer getrennt von seiner Ehefrau lebender hiesiger Schiffsstauer, der sich schon wiederholt der Mißhandlung derselben schuldig gemacht, verfolgte dieselbe auch gestern wieder in einen am Bohlwerke gelegenen Gasthof und mißhandelte sie dort in einer Weise, daß ein öffentlicher Auflauf entstand. Er wurde demzufolge verhaftet.

— Für den Demminer Kreis wird der Abgeordnete v. Heyden-Cartlow als Kandidat des norddeutschen Parlaments in Vorschlag gebracht.

— Der hiesige Kreisrichter, Landtagsabgeordneter v. Rönne, ist vom Wahlkreis Solingen-Lennep aufgefordert, ein Mandat als Abgeordneter zum norddeutschen Parlamente anzunehmen. Derselbe hat sich dazu bereit erklärt und sich in einem Schreiben an die Wähler über die gegenwärtige politische Lage ausgesprochen.

— Am Sonntag wurden wiederum zwei Diebstähle an Kleidungsstücken aus verschlossenen Räumen verübt.

— Der bereits früher wegen qualifizirter Bettelei bestrafte Arbeiter Pieper aus Greifswald erschien vor mehreren Tagen wiederum mit einem Bettelbriefe, Inhalts dessen P. mit einem vom Kapitän Krüger geführten Schiffe gestrandet, bei dieser Gelegenheit die Mehrzahl der Besatzung geblieben, er selbst aber Alles verloren haben soll, weshalb um seine Unterstützung gebeten wird, bei einem hiesigen Kaufmann. Wie sich von selbst versteht, war jener Brief gefälscht und ist die Identität des Pieper mit der bettelnden Person festgestellt worden.

— Gestern Nachmittag wurde der Arbeiter Müller aus Nemitz in der Passage vor dem Ziegenthor zwischen den dortigen Holzhöfen von einem einspännigen mit Schnee und Eis beladenen Wagen übergefahren. Nach dem Polizeibüreau geschafft, klagte er, daß ihn der linke Oberschenkel und die Brust schmerze, weshalb seine Ueberweisung an das Krankenhaus erfolgte. Er wollte dort aber entschieden nicht verbleiben und ist deshalb schließlich zu seiner Familie nach Hause befördert worden.

Vermischtes.

Wien, 2. Januar. Aus Trautenau, der Stadt, aus der im vergangenen Jahre viel Tragisches zu berichten war, wird der „Pr." heute einmal ein recht komisches Intermezzo gemeldet. Am letzten Tage des vergangenen Jahres, am vorigen Montage nämlich, sollte das Geschäft des Rasirers und Haarschneidens der Gefangenen in der Frohnfeste an den „Wenigstbietenden" vergeben werden. Friseur A. verlangte 10 Kr. für das Haarschneiden und 4 Kr. für das Rasiren, worauf sein Kollege im Orte sich sogleich erbot, die Arbeit um die Hälfte dieses Preises zu übernehmen. Darauf geht A. noch tiefer und will sich mit 1 Kr. fürs Rasiren und 2 Kr. fürs Haarschneiden per Kopf begnügen. B. aber, der es um jeden Preis seinem Rivalen zuvorthun will, verlangt nun gar keinen Preis und meint: „Da mach' ich es halt ganz umsonst." „Billiger können Sie es doch nicht thun", sagte der Gerichtsadjunkt lächelnd zum A. und schließt das Protokoll, das hierauf von beiden unterzeichnet wurde. Im Weggehen soll dem Zurückgesetzten seine Nachgiebigkeit doch gereut und er seinem Kollegen drohend zugerufen haben: „Ich hab' mich nur übertölpeln lassen, das nächste Mal muß ich doch die Arbeit kriegen; ich zähl' halt drauf!" Die Trautenauer Gefangenen aber werden ganz ruhig und ganz unentgeltlich abrasirt.

Neueste Nachrichten.

Königsberg i. Pr., 7. Januar. (Privat-Depesche der Berliner Börsen-Zeitung.) In heutiger General-Versammlung der ostpreußischen Südbahn ist die Verlängerung der Bahn bis Grodne oder einem anderen Punkte der Warschau-Petersburger Bahn mit 2309 gegen 17 Stimmen nach dem Antrage des Verwaltungsrathes beschlossen worden. Die Wahl der Modalität für die Beschaffung der Mittel zu diesem Weiterbau wird zur kräftigen Fortführung und Vollendung der ostpreußischen Südbahn bis Lyck ist dem Verwaltungsrath anheimzugeben.

London, 7. Januar. Der Dampfer „Cuba" ist von Newyork in Queenstown angekommen und überbringt eine Baarfracht von 389,656 Doll. Nach den damit eingetroffenen Berichten erwartet man in Newyork eine Juarez ungünstige Bundespolitik. Präsident Johnson hat den Konsuln der von Preußen erworbenen Länder das Exequatur entzogen.

Konstantinopel, 7. Januar. Die Differenz zwischen Italien und der Türkei wegen des beschädigten Dampfers „Principe Tommaso" ist durch Vermittelung des britischen Botschafters ausgeglichen.

Für die Vereinigten Staaten wird eine permanente türkische Gesandtschaft errichtet.

Newyork, 5. Januar, Abends. Die Agitation zur Anklage Johnsons hat wieder angefangen.

Telegr. Depesche der Stettiner Zeitung.

London, 8. Januar. Gewaltiger Sturm. — England hat den Vereinigten Staaten angeboten, die schwebenden Differenzfragen einem Schiedsrichter zuzuweisen, vorausgesetzt, daß eine Einigung über die Differenzpunkte erreichbar.

London, 8. Januar. Das Repräsentantenhaus in Washington hat mit 10 (?) gegen 38 Stimmen die Untersuchung gegen den Präsidenten Johnson wegen Gesetzesübertretung beschlossen. Dies ist der erste Schritt zu seiner Versetzung in den Anklagezustand. — Der Präsident hat gegen die Bill betreffend das Stimmrecht der Neger, sein Veto eingelegt.

Wollbericht.

Berlin, 6. Januar. Die abgelaufenen drei Wochen, die ohnehin durch das Weihnachts- und Neujahrsfest unterbrochen wurden und selten lebhaft sind, waren diesmal im Wollgeschäfte noch stiller als gewöhnlich, wodurch die bereits in der vorangegangenen Periode sich entwickelnde Flauheit wesentliche Fortschritte gemacht hat. Auswärtige und rheinische Käufer fehlten gänzlich, in Kammwollen ging Einiges, namentlich in russischen Rückenwäschen um, etwa 1800 Ctr., und unsere diesseitigen inländischen Fabrikanten, die fortwährend über schlechten Absatz im Inlande klagen und seit etwa einem Monate auch aus Amerika schlechte Berichte erhalten, waren wenig thätig. Wir schätzen den Gesammt-Umsatz auf ca. 3000 Ctr. Preise waren weichend und konnten Großkäufer wohl 1—2 Rt. pro Ctr. billiger als im November ankommen. Die Vorräthe bleiben, besonders in allen Gattungen von 73 Rt. und abwärts, für die Jahreszeit ungewöhnlich gut assortirt. — Von der jetzt in Leipzig stattfindenden Neujahrs-Tuchmesse meldet man, daß solche für einige Fabrikstädte mittelmäßig gut, für andere schlecht ausfällt, im Ganzen als mittelmäßig zu bezeichnen ist; es ist zu gedrückten Preisen manches umgesetzt worden.

Viehmärkte.

Berlin. Am 7. Januar c. wurden an Schlachtvieh auf hiesigem Viehmarkte zum Verkauf aufgetrieben:

An Rindvieh 1318 Stück. Exportgeschäfte nach dem Auslande fanden nicht Statt, dennoch wurde beste Qualität mit 16—17, mittel 13—15, ord. 9—11 Rt. pro 100 Pfd. Fleischgewicht bezahlt.

An Schweinen 3184 Stück. Die Zutriften waren im Verhältniß zum Konsum zu stark, um mehr als mittelmäßige Preise dafür erzielen zu können, selbst beste feine Waare konnte nur 16—17 Rt. pro 100 Pfd. erzielen und konnten die Bestände nicht aufgeräumt werden.

An Schafen 1892 Stück, worin das Geschäft sehr unbedeutend war, indem keine Exportverkäufe stattfanden.

An Kälbern 685, wofür sich die Durchschnittspreise mittelmäßig gestalteten.

Börsen-Berichte.

Stettin, 8. Januar. Witterung: trübe, Nachts Regen. Temperatur — 3 ° R. Wind: W.

An der Börse.

Weizen matter, loco pr. 85pfd. gelber 80—$91\frac{1}{2}$ Rt. bez., 83—85pfd. gelber Frühjahr 90, $89\frac{3}{4}$, $\frac{1}{2}$ Rt. bez., Br. u. Gd., Mai-Juni 90, $89\frac{3}{4}$ Rt. bez.

Roggen matt und etwas niedriger, pr. 2000 Pfd. loco 56, 57 Rt. bez., Januar-Februar 55 Rt. Br., Frühjahr $56\frac{1}{8}$, $55\frac{1}{2}$ Rt. bez. u. Gd., Mai-Juni 56 Rt. Br., Juni-Juli $56\frac{3}{4}$ Rt. Br.

Gerste loco pr. 70pfd. schles. $48\frac{1}{2}$, 50 Rt., Frühjahr 69—70pfd. schles. 50 Rt. Br. u. Gd.

Hafer loco pr. 50pfd. 29—30 Rt. bez., 47—50pfd. Frühjahr 32 Rt. Br., $31\frac{1}{2}$ Gd.

Erbsen loco 54—59 Rt. bez., Frühjahr Futter- $58\frac{1}{2}$ Rt. Br.

Rüböl stille, loco 12 Rt. Br., Januar $11\frac{3}{4}$ Rt. Br., $11\frac{1}{2}$ Gd., April-Mai $12\frac{1}{4}$ Rt. Br., Septbr.-Oktober $12\frac{1}{2}$ Rt. Br.

Spiritus niedriger, loco ohne Faß $16\frac{1}{2}$, $\frac{5}{12}$, $\frac{3}{8}$ Rt. bez., Januar-Februar $16\frac{5}{12}$, $\frac{1}{4}$ Rt. bez., Januar-Februar ohne Faß $16\frac{5}{12}$ Rt. bez., Frühj. $16\frac{11}{12}$ Rt. Br., Mai-Juni $17\frac{1}{8}$ Rt. Br.

Hamburg, 7. Januar. Getreidemarkt. Weizen loco ruhig, aber fest, ab Auswärts behauptet. Auf Termine ruhig. Pr. Januar-Februa 5400 Pfd. netto 156 Bankothaler Br., 155 Gd., pr. Frühjahr 156 Br., 155 Gd. Roggen loco stille, ab Königsberg pr. April-Mai 84—85 bez. und dazu angeboten, ab Danzig 85—86 bez. Auf Termine ruhig. Pr. Januar-Februar 5000 Pfd. Brutto 93 Br., 92 Gd., pr. Frühjahr 94 Br., 93 Gd. Oel loco $25\frac{1}{2}$, pr. Mai $26\frac{1}{2}$, pr. Oktober 27. Kaffee fest. 1000 Sack Diverse verkauft. Zink ohne Umsatz. — Regen.